

Das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien wurde am 20. Juli 1914 dem damaligen k. u. k. Gesandten in Belgrad, Freiherrn v. Giesl, zur Überreichung an die Regierung Peters Sarajewowitsch überreicht. Die Entschlossenheit der Grundlegende Frage, ob Berlin Kenntnis von dem Ultimatum hatte, als es nach Belgrad ging, oder ob es gar, wie man sonst von Ententeleuten hörte, sein Urheber und Verfasser war. Das neuentdeckte Notbuch gibt eine Auskunft, die fürderhin niemand wird anzweifeln können: Das Ultimatum ist von der ersten bis zur letzten Zeile, vom ersten bis zum letzten Worte in Wien verfaßt worden. Sein Schöpfer war der k. u. k. Gesandte Baron Alexander Muskatil v. Gombirze, ein Südböhmer. Deutschland hat das Ultimatum — mit Flammenschrift leuchtet es aus den österreichischen Akten hervor — erst am Spätnachmittag des 22. (11) Juli 1914 erfahren. Der verhängnisvolle Stein war schon längst abgerollt, als das Berliner Kabinett darüber unterrichtet wurde. Die Bedenken des damaligen österreichisch-ungarischen Vizekonsuls in Berlin, Grafen Sadowitz-Marić, gegen eine spätere Überreichung des Ultimatum in Berlin als in Belgrad wurden vom Grafen Verschold in einer durchaus ungewöhnlich und un diplomatischen Weise unterdrückt. Das überaus unglücklich abgefaßte deutsche Weisbuch vom 5. August 1914 hat somit ganz unrecht von einem ständigen Einvernehmen mit dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen gesprochen. Es war eine ritterliche Schöpfung des Verbündeten, die das deutsche Volk jetzt schwer zu läsen hat.

Eine weitere wichtige, unüberhauende Schuld lud Graf Verschold auf sich, als er die ihm von Deutschland rechtseitig unterbreiteten englischen Vermittlungsvorschläge des Sir Edward Grey unbeantwortet ließ. Die Engländer mußten infolgedessen glauben, daß Deutschland die böse Absicht habe, in den Krieg zu treten, und bis heute hat England an diesem Irrtum festgehalten, denn niemand ahnte, daß Deutschlands Schuld am Kriege nur in der nachlässigen Duldung der eigenmächtigen Handlungsweise Österreich-Ungarns bestand. Man mußte — damals mit Recht — annehmen, daß Deutschland sich seiner Führerrolle in der gemeinsamen reichsdeutschen-österreichisch-ungarischen Politik nicht begeben habe und Österreich-Ungarn nur der Vollstrecker der Entschlüsse des mächtigeren und größeren deutschen Verbündeten sei. Was alle Welt zu glauben Grund hatte, warum sollten es die Feinde nicht glauben, in deren Interesse es lag, Deutschland vor dem Forum des Weltgerichtes als den Schöpfer des Weltkrieges zu brandmarken.

Deute beweisen mit unmeßbarer Schwere Urkunden das Gegenteil. Aus der Konzilians des deutschen Kaisers, der sie mit dem Verlust des Thrones, mit der Vertreibung ins Exil und mit der Zerstückelung seines Reiches hätte, aus der Schwäche Bethmann Hollwegs, nicht aber aus dem Willen beider, den Funken in das Pulverfaß zu werfen, entstand die Tragik des Weltkrieges. Das deutsch-österreichische Notbuch ist eine stammende Verleumdungskampagne Deutschlands. Es geht entlastet und schuldlos in sein namenloses Grab. . . .

Am 23. Juli 1914.

Was ein Mitarbeiter des M. Z. B. ausplaudert. Für die Beurteilung der Frage, ob die Berliner Regierung rechtzeitig Kenntnis von dem österreichischen Ultimatum an Serbien erlangt hat, ist eine Enthüllung von Wichtigkeit, die ein früheres Redaktionsmitglied des halb-

amüßigen Weltlichen Telegraphen...

Im Juli 1914 war ich Redakteur in der Berliner Zentrale von Wolffs Telegraphischen Bureau. Als solcher machte ich am Abend des 23. Juli 1914 mit anderen Kollegen den Plan, als die in Belgrad um 6 Uhr überreichte Note der Wiener Regierung erwartet wurde. Allgemein wurde angenommen, daß die telephonische Übermittlung durch das amtliche Wiener Korrespondenzbureau gegen 7 Uhr, spätestens gegen 8 Uhr erfolgen würde. Aber es wurde 8, 1/2, ja 9 Uhr, und der erwartete Anruf blieb immer noch aus. Inzwischen begannen aber auch die amtlichen Berliner Stellen neugierig zu werden: ein telephonischer Anruf folgte dem anderen. Namentlich das Auswärtige Amt und die Reichskanzlei riefen fortwährend an: „Was ist mit der österreichischen Note? Was steht in der Note? Wo bleibt die Note?“ Unter den amtlichen Persönlichkeiten, von denen ich mit Bestimmtheit sagen kann, daß sie diese und ähnliche Fragen telephonisch, und zwar wiederholt an uns richteten, sei hier der damalige Chef der Reichskanzlei, Wahnschaffe, die rechte Hand Bethmann Hollwegs genannt. Auf unseren wiederholten Bescheid, daß wir noch immer nichts aus Wien erhalten hätten, kamen diese Herren dringend, man möchte ihnen den Inhalt der Note, sobald er gekommen wäre, telephonisch mitteilen. Erst gegen halb zehn Uhr erfolgte der erste Anruf des Wiener Korrespondenzbureaus, welches gleich mitteilte, das Dokument sei außerordentlich lang und werde kaum innerhalb fünf Anrufen übermittelt werden können.

Als dies den oben erwähnten Stellen zur Kenntnis gebracht wurde, wuchs deren Nervosität augenscheinlich immer mehr, denn jetzt wollten sie, daß man ihnen den Wortlaut, sobald er vorliege, durch Polen zu senden, fodern aber — es war inzwischen schon 11 Uhr abends geworden — schickten sie den Legationsrat v. Weber ins Wolffsche Bureau, der auf das vollständige Dokument warten sollte. Aus allen diesen Anrufen und Fragen ging für mich deutlich hervor, daß die Wilhelmstraße (das Auswärtige Amt) das in Belgrad überreichte Dokument nicht kannte, und zwar weder in seinem Inhalt, noch in seiner Länge, noch in seinem Wesen. Sie wußten nicht, daß es ein Ultimatum war, denn sie fragte immer wieder nur nach der Note, und daß unsere Staatsmänner keine Ahnung von der Länge des Schriftstückes hatten, geht aus der Bitte hervor, es ihnen telephonisch mitzuteilen. Die Tatsache, daß der Chef der Reichskanzlei Wahnschaffe sich unter den Anrufenden befand, beweist, daß der erste Beamte des Reiches, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, ebensowenig von dem Charakter und dem Inhalt des verhängnisvollen Verscholdischen Elaborates wußte, wie wir selbst.

Es ist selbstverständlich ganz und gar ausgeschlossen, daß irgendeiner dieser Herren vorläufig die Komodie gegenüber der Redaktion des Wolffschen Bureaus hat spielen wollen.

Diese Erklärung Schims, eines ernten und zuverlässigen Journalisten, ist von größter Wichtigkeit; sie beweist mehr als alle Ausführungen des Notbuches die Unschuld, aber auch die Fahrlässigkeit maßgebender Regierungsstellen in Berlin in den kritischsten Tagen des deutschen Volkes.

Was die Presse sagt.

Deutsche Blätter.

Tägliche Rundschau: „So sah das Bündnis in Wirklichkeit aus: das militärisch, wirtschaftlich und kulturell unendlich überlegene Deutschland wurde von dem habsburgischen Diplomatenklüngel als politisches Werkzeug benutzt, und zwar mit solcher Geschicklichkeit, daß es erst heute, nach dem „Frieden“ von Versailles und St. Germain möglich ist, dem eigenen Volke und der feindlichen Welt nachzuweisen, daß Deutschland zwar unfähig, aber friedliebend geleitet worden ist.“

Local-Anzeiger: „Es wird gesagt, daß Graf Verschold durchaus nicht in von Berlin gänzlich ließ, sondern im Gegenteil, daß die deutsche Politik vollständig von dem österreichischen Minister ins Schlepptau genommen wurde und die deutschen Staatsmänner im entscheidenden Augenblick gegen ihre bessere Überzeugung den österreichischen Forderungen nachgaben. Das man aber sich in einen solchen Krieg gegen die eigene bessere Überzeugung von einem schwächeren Bundesgenossen hineinziehen läßt, verrät eine solche Unfähigkeit, daß man es den Ententeleuten nicht verübeln kann, wenn sie solchen Versicherungen Deutschlands bisher nicht Glauben geschenkt haben.“

Kreuzzeitung: „Unverständlich bleibt es, daß die deutsche Regierung in jenen unheilvollen Julitagen mit Rücksicht auf die ungeheuer und klar erkannten schrecklichen Leiden, in die ganz Europa durch einen Weltkrieg gestürzt werden mußte, nicht mit größter Rücksichtslosigkeit gegen die politische Kurzsichtigkeit, Verschwendung und Inbolen in Wien eingeschritten ist. Selbst vor der Drohung einer Aufkündigung des Bündnisses durfte nicht zurückgeschreckt werden.“

Wolffsche Zeitung: „Die heimliche Täuschung des Reiches durch Österreich-Ungarn...“

Berliner Tageblatt: „Aus den Akten...“

Die Wiener Öffentlichkeit.

Die gesamte Wiener Presse befaßt sich mit der Beurteilung über die Vorgeschichte des Krieges. Die Beurteilung der Schuldfrage sowie des Zeitpunktes und der Verantwortlichkeit der Veröffentlichung im letzten Augenblick ist je nach der Betrachtung der Blätter und ihrer während des Krieges beobachteten Haltung geteilt. Die Arbeiter-Zeitung beobachtet die Verantwortung des neuen Hofbuches durch den Staatsrat des Innern, da hierdurch viele Wahrheiten offenbart würden, welche allerdings nicht übersehen werden dürfen, um nicht die Schuld der habsburgischen Regierung entgegen von der Krieg mit Vorbedacht beschließen und in die Tat umsetzen worden sei. Das Blatt deutet die Verantwortung der Berliner Regierung hervor, welche es mit dem Vermittlungsversuchen ebenso aufrichtig und ernst gemeint wie England. Einige freibetriebliche Blätter wie „Die Presse“ wie England. Einige freibetriebliche Blätter wie „Die Presse“ messen zwar auch die Hauptschuld der habsburgischen Regierung bei, verlangen aber die Herausgabe aller Dokumente und werfen die Frage auf, warum die Veröffentlichung nicht viel früher erfolgt sei, an einem Zeitpunkt, wo in den deutschen Stammsgenossen ebenso wie das deutsche Volk Österreich von schwerem Verdacht hätte befreien können. Die Lage bei den Friedensverhandlungen hätte verbessert sein können. Das „Neue Wiener Tagblatt“ und die „Neue Wiener Presse“ halten andererseits den Zeitpunkt der Veröffentlichung für verfrüht. Sie bezeichnen mit Hinweis auf die vielen legenden Ursachen des Weltkrieges und auf die Vorwürfe in den Verhandlungen die Enthüllung von einem einzigen Staatsarchiv als völlig einseitig und unzulänglich und nicht gelohnt, die volle Wahrheit an den Tag zu bringen. Sie bezweifeln daher die Zweckmäßigkeit der Veröffentlichungen. Mit ähnlicher Begründung, doch in schärferer Form, die „Reichspost“ die Enthüllungen ab. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß die Enthüllungen, da man sie nicht hätte, vor allem in Belgrad und Petersburg gelegen hätte.

Politische Rundschau.

Stirnenbrief der deutschen Bischöfe. Die aus dem Erzbischof und Bischöfen haben einen gemeinsamen Brief erlassen, der das katholische Volk trösten und ermuntern will nach den Nöten der Kriegsjahre, zu dem die Räte des Friedens kämen. Der Brief ist ein Verarmungs- und Schmaachfrieden, der als ein Verarmungs- und Schmaachfrieden bezeichnet, dessen ungemene Lasten nur durch verstärkte Religiosität zu ertragen seien. Der Stirnenbrief enthält die Forderung: „Man hat von einem Diktatorfrieden gesprochen: Man hat von einem Diktatorfrieden gesprochen, und es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß es sich wirklich eine dauernde Entkräftung, Freiheitsbindung und Niederhaltung unserer Weltstellung bringen wird.“

Unfähigkeit polnischer Beamter. In Schiedlitz in der Provinz Posen hatten die Polen den deutschen Bürgermeister gegen Zahlung einer Abfindung abgesetzt und einen Polen an seine Stelle berufen. Ob er die Ämter gewachsen war, war gleichgültig, Hauptsache war Pöbel. Seine erst polnischen Eigenschaften bald die echt polnische Wirtschaft zur Folge. Der Herrschen entschloß sich die polnische Stadtverordnetenversammlung, ihn zu beiseitigen und einen anderen Polen mit dem Ämte zu betrauen. Das Ergebnis: Die Zustände in der Stadtverwaltung wurden immer schlimmer. Aber der Geldbeutel der polnischen Stadtverordneten wurde dünner, und das war peinlich. Was die polnische Stadtverordnetenversammlung holte sie den gelehrten deutschen Bürgermeister zurück, der nun unter von ihm gestellten Bedingungen die polnische Stelle auf den Damm bringen muß. Da der deutsche Bürgermeister der polnischen Sprache nicht mächtig ist, wohl aber über in Schiedlitz die Sprache der Stadtverwaltung eben wieder deutsch. Das gleiche wird aus dem hochpolnischen Städtchen Tremesien berichtet.

Hammanns Magd.

Roman von E. Marlitt.

„Mit deinem lieben Herrn kurzen Prozeß machen, willst du sagen?“ fiel er ihr mit sehr strengem Ton und ohne eine Miene zu verziehen, ins Wort. „Versteht sich! Ich werde ihn an die Lust setzen, und zwar sofort, ohne Gnade, den Verschwender, den Prahlhans — darauf verlasse dich! — In Geschäftsangelegenheiten verstehe ich durchaus keinen Spaß... Weißt du nun, wen du vor dir hast?“

„Ach ja — einen reichen Mann, wie er schon in der Bibel steht.“

„Nichtig: Einen Mann, der absolut nicht ins Finanzielle kommt, eben weil er ein Reicher ist — der Arme! — Ja, ja, hast recht — einen Tyrannen, einen Blutausauger, einen Menschen, der Geldfragen gegenüber ein feinhartes oder vielmehr gar kein Herz hat, wie es einem praktischen Geschäftsmann ziemt. Über laufe doch nicht so, Mädchen!“

„Sie war in der Tat in förmlichen Sturmschritt verfallen, und diesmal blieb Herr Markus zurück. Er sah ihr mit gespannter Aufmerksamkeit nach... Und wenn auch der häßliche, plumpe Anzug das Mädchen entstellte, eine Thüringer Edelstanne war sie doch, eine Erscheinung voll Leben und unbenußter Grazie in dem Spiel der schlanken, jugendkräftigen Glieder...“

„Schade um diese Gestalt, an der Sonnenbrand, Arbeit und Armut rieben und zehrten, um sie in kurzer Zeit hart und edig, zum frühgealterten Weibe zu machen!... Es blieb allerdings fraglich, ob nicht der Kopf den Adel, die Anmut des schönen Leibes sofort vermissen, wenn das verhässliche Tuch fiel. Der lieblich geschwungene Mund verbürgte noch lange nicht, daß das Mädchen nicht schlechte, keine gemeinen Tugte hatte und nicht sommerprossig und rothaarig war — doch nein; unter dem weißen Tuchspitz saß ein gelbes, glänzendes dunkles Popsende hervor — rothaarig war sie nicht!“

Das Mädchen hatte sich kaum um zwanzig Schritte entfernt, als eine kleine, dicke Frau in braunem rundem Strohhut und weißer Gasse aus einem schräg nach dem Hinteren mündenden Waldpfad trat. Sie schritt

stetig an die Eilige zu und hielt sie an der Schürze fest.

„Hör mal, Mädchen, hast ihr denn wirklich die teuern Speisefartoffeln so in Hülle und Fülle, daß du Ende Juni, sage Ende Juni, den Vettelungen die ungewaschenen Mäuler damit stopfst?“ fragte sie.

Da — Rang nicht etwa wie Schelten; die Frau sprach sehr langsam und bedächtig, aber nachdrücklich — man hörte, daß sie genötigt sei, in aller Gemächlichkeit den Leuten die Köpfe zurechtzusetzen. „Ich frische tagtäglich auf allen vieren durch die Kellerreden, um noch ein paar seine Speisefartoffeln für unseren Tisch zu erwischen, und dort“ — sie zeigte nach der Richtung zurück, in der sie gekommen — „dort braten sie hausenweise in der Asche... Das soll einen nicht ärgern! Wir bezahlen auf die Minute pünktlich den teuren Pacht für schlechten Boden, und deine Vintmanns ernten die besten Acker ab; sie leben ins Tageslicht und fragen den Kuckuck danach, daß auch einmal bezahlt sein muß.“

„Lassen Sie mich gehen, Frau!“ rief das Mädchen halb gebieterisch, halb ängstlich, und strebte weiter zu kommen.

„Frau: Frau!“ wiederholte die kleine Dicke ärgert und ohne den Schürzenspindel loszulassen. „Wird denn ein Ragelöhnerweib? Und hast du denn gar keine Lebensart, Mädchen? Wenn du noch gesagt hättest, Frau Verwalterin, oder melnetwegen auch nur Frau Grubel — aber schlechthweg „Frau!“... Du bist ja nicht um ein Haar besser als deine Herrschaft. Verschenkst mir nichts dir nichts gute Sachen, die nicht bezahlt sind, und hast den Hochmutstempel und eitle Dinge in der Kopfe... Steht man dich denn je ohne das Schulerder da auf dem Acker oder beim Grafen?“

Sie zeigte nach dem weißen Kopftuch. „Hör mal, wenn man dienen muß, da darf man nicht danach fragen, ob einem die Sonne ein paar Sommerflecken mehr auf die Haut brennt oder nicht — das paßt nicht, da laßen dich die Leute nur aus, wie sie sich auch lustig darüber machen, daß dir der Grasfod nicht nobel genug ist. Hierzulande trägt man das Futter nicht auf dem Kopf heim, das ist nicht Mode bei uns! Und laß doch mal sehen“ — sie bog sich vor — „ach herrie, Koreschen hast du da im Reß? Gut

etner an, Porellchen! — Ja, ja, auf dem Boden wissen sie, was gut schmeckt!“

„Der Fisch ist für die Kranke.“

„Ach ja — für die Kranke wird er gehalten.“

Der Herr Vintmann ist ihn — die alte Raschfage, die Gude, Mädchen, wüßte ich das nicht, ich schickte mal ein Rebhuhn oder sonst was Gutes.“

„Ich bin ja doch kein Unmenschen und hab' Mittel.“

„Wir danken!“ kam es kurz und herb unter zwei weißen Tuch hervor.

„Wie danken!“ poltete die kleine Behäbige — „Großplätziges Ding du! Wer ist denn...“

„s ist ja wahr, Vintmanns haben schlimm gebauet, ihrem großen Vermögen, das dem auf dem Acker gehört ihnen kaum noch; aber deswegen sind's vornehme Leute und noch lange nicht deinetwegen.“

Inzwischen war Herr Markus längst gekommen und stand neben der Sprechenden, ohne sie es bemerkte. Er verbiß mit Wut die Lippen. Die drollige Frau hatte sich bei dem nachgehenden „Wir danken!“ ironisch knickend, tief und langsam zu Boden gestürzt, und das war urkomisch gewesen. Sie hielt das Mädchen noch fest — dem Beobachter war es, als müßte er den gefangenen Vogel gleich loslassen.

„Wir danken!“ ironisch knickend, tief und langsam zu Boden gestürzt, und das war urkomisch gewesen. Sie hielt das Mädchen noch fest — dem Beobachter war es, als müßte er den gefangenen Vogel gleich loslassen.

„Wie kommen Sie mir denn vor?“ sagte sie. „Ich bin eine ehrbare Frau und noch lange nicht...“

„meine kleine Dame“ für einen jeden, der schlichter kommt wie der Raß vom Taubenband.“

Er unterdrückte ein Lächeln und sagte mit ernst dem Gleichmüt: „Protestieren Sie, so viel Sie wollen, es hilft Ihnen doch nichts! Meine kleine Dame wird mir in dieser Stunde noch eine Tafel vorsetzen und heute abend einen guten Wein baden; meine kleine Dame“ wird mir für ein ständiges Nachtlager sorgen und mädchenstifft sein, ich im Nachtstübel tue, als sei ich zu Hause.“

(Fortsetzung)

Der ehemalige König von Bayern ist in Egmühl bei seinem Schwiegeronkel, dem Fürsten von Thurn und Taxis, zum dauernden Aufenthalt eingetroffen. Er wird hier in Egmühl in Graubünden, wo ihm der Bischof von Chur in dem diesem gehörenden Jesuitenkolle ein Wohnlokal hatte, gewohnt.

Wahlverhältnisse der Unabhängigen in Braunschweig. Bei den in Braunschweig, Bolzenbüttel, Blankenburg, Helmstedt und Bad Harzburg vorgenommenen Wahlverhältnissen haben die Unabhängigen eine ganzliche Niederlage erlitten. In der Stadt Braunschweig wurde der bisherige Oberbürgermeister gegen den Kandidaten der Unabhängigen mit überwältigender Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Schweden.

Der raffinierte Friedensvertrag. Der bekannte Professor Hellen bepricht eingehend das Friedenswerk und teilt dabei sein Urteil in folgenden Worten mit: Die beiden Friedensschlüsse mit dem deutschen Volke in Deutschland und Österreich sind mit unbedingter Richtigkeit ausgedacht. Aber es muß betont werden, daß das französische Volk, dessen Wille hier nicht bestimmend gewesen ist, ein hohes Spiel spielt. Er rechnet darauf, seinem Gegner das Rückgrat brechen zu können, so daß er sich niemals wieder in überlegener oder auch nur gleicher Kraft erheben soll. Das kann ja geschehen, und dann ist nur erreicht, daß die Menschheit von kulturellen, kulturkräftigsten Mitgliedern beraubt ist. Wagt es nicht, dann hat das französische Volk die Schweden etwas gelehrt, was nicht in ihrer Verantwortung, nämlich zu hassen.

Polen.

Schaffung einer Kriegskasse. Es sieht nunmehr so, daß die fünftägige Kriegskasse aus vier großen Kreuzern und 16 Torpedobooten bestehen wird. Sie wird insgesamt eine Besatzung von 3500 Mann und 150 Offizieren erhalten. Der Oberadmiral wird wahrscheinlich der russische Kommandant Boremski werden, der Ingenieur der General Voronski, beides Seesleute aus Warschau, die früher auf dem Stillen Ozean und später an der Dnieper gedient haben.

Sandburg. Eine direkte Dampferlinie Hamburg-Präsidenten-Indien ist mit dem holländischen Dampfer „Janhof“ eröffnet worden.

Neueste Meldungen.

Belgien wünscht Geschäfte mit uns.

Kein „Ehrenplatz“ für die Deutschen. Das Antwerpener Neederblatt „Neptune“ schreibt zu der Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland: Wir können die Geschäftsverbindungen mit den Deutschen wieder aufnehmen. Wir sagen ja. Und wir werden die deutschen Schiffe lieber heute als morgen wieder in unseren Häfen sehen. Ohne Zweifel, wir werden die Häufe zusammenhalten, aber wir werden unsere Befühle vor der unumstößlichen Notwendigkeit der Handelsbeziehungen nicht verstoßen. Vergessen wir nicht, aber seien wir doch und würdig mit den Deutschen, und machen wir Geschäfte mit ihnen. Nehmen wir ihre Geschäftsverbindungen in unseren Geschäftskonten auf, aber räumen wir ihnen noch lange keinen Ehrenplatz in unseren Familien an. Wir möchten also, daß ein für alle Mal die Meinung uns ihre Meinung sage und sie urbi et orbi zu nehmen gäbe, damit in den mitteleuropäischen Ländern die Sache interessiert, wissen, daß die Geschäftsbeziehungen mit Belgien wieder aufgenommen sind und daß niemand dort belästigt wird. Wir möchten, daß der Präsident der Handelskammer dieselbe zu einer Generalversammlung zusammenberufe, um eine Tagesordnung in diesem Sinne annehmen zu lassen. Diese Tagesordnung wird mit dem Tod in der Seele angenommen werden, wenn sie ist notwendig.

Streik in der Berliner Metallindustrie. Die Verhältnisse in der hiesigen Metallindustrie haben sich demnach verbessert, daß man bestimmt mit einem allseitigen Streik rechnet, der möglicherweise noch in dieser Woche beginnt.

Die sächsischen Unabhängigen und das Räteystem. Die sächsischen Unabhängigen sind nicht abgeneigt, in die Staatsregierung einzutreten. Man hat sich auch auf zwei allerdings sehr wichtige Punkte geeinigt. Diese betreffen die Forderung der Unabhängigen nach einer stärkeren Besetzung der Ministerposten und Einführung des Räteystems. Hiergegen ist der Widerstand allerdings noch groß.

Große Erzlager in Westfalen. Berlin. Der Direktor der geologischen Landesanstalt teilt, daß im westlichen Teil Westfalens noch große Erzvorkommen in Angriff genommene Erzlager seien. Namentlich komme die Grafschaft Bentheim in Betracht, wo sich ein riesiger Erzbergbau entwickeln könne.

Senat und Friedensvertrag. Washington. Der amerikanische Senatsausschuß hat einstimmig beschlossen, daß über alle 28 Abänderungsanträge zum Friedensvertrag namentlich abgestimmt werden soll.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Reichstagswahl: Frühjahr 1920. Berlin, 22. September. Da die Erledigung des Wahlprogramms die Nationalversammlung, die am 1. September wieder zusammentritt, voraussichtlich bis zum Frühjahr 1920 beschäftigen wird, werden die Wahlen zum Reichstag nicht vor dem Frühjahr 1920 angeordnet werden können.

Friedensverhandlungen der Sowjetregierung mit der Entente. Stockholm, 22. September. Die Sowjetregierung hat in Petersburg bevollmächtigt laut einer Meldung aus Moskau die Volkskommissare, Friedensverhandlungen mit den Ententemächten auf der Basis der von diesen vorgeschlagenen Bedingungen einzuleiten.

Deutsche Waffen für die Tschechen. Berlin, 22. September. Es ist zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangt, daß an der oberösterreichischen Grenze große Mengen deutsche Waffen und Munition zur Ausfuhr an die Tschechoslowakei lagerten. Die Ausfuhr konnte rechtzeitig verhindert werden.

Verhaftung zweier Kommunisten in Halle. Halle, 22. Sept. Die Polizei verhaftete hier zwei kommunistische Arbeiter, Graf und Franta, die nach

Halle geschickt waren mit dem Auftrage, den früheren kommunistischen Führer, jetzigen Epistel Hartung durch Menschenmord zu beseitigen. Als beteiligt an dem Komplott wurden heute vormittag der Vorsitzende der hiesigen kommunistischen Partei, Buchdrucker Steinbrecher, und eine Anzahl Parteimitglieder festgenommen. Einer der Mündelener Kommunisten hatte vor einigen Tagen hier bereits auf einen Schloffer einen Raubmordversuch verübt, bei dem der Ueberfallene durch Schüsse schwer verletzt wurde. Der Anschlag auf Hartung kam nur deshalb nicht zur Ausführung, weil Hartung von der Polizei wegen Betrübereien festgenommen wurde.

Bilder der Heimat.

Von Fritz Rohberg, Wilsdruff. (Waldenck verboten.)

VIII. Mohorn.

Hügelhoch über dem Tal der Friedhof; und weit ins Land ragend die Kirche, mit runderbogigen Fenstern, mit dem schweren, schiefen Turm, um den oben ein breiter Laufgang sich zieht. Eisenmantel sind die Gräber; mattrote Nelken, leuchtende Geranien, blaue Vergißmeinnicht pflanzen Hände der Liebe. Grauerwitterte Steinbildhauereien hocken in der Umfassungsmauer.

Am Schulhaus vorüber, in dessen Fenstern ein blaurotes, blaßblaue Blüten ist, an Rasengärten vorüber, in denen weiße Wäsche bleicht, springt der Weg ins Tal.

Würdige Bauernhäuser mit blinzeln Fenstern, von späten Rosen, schwarzrotten Georginen umrankt, ein altes Schindeldach, eine alte Scheune, — dann Stadthäuser mit schreiendem Putz, grell, bunt, — als hätte eine Riesenhand eine Nürnberger Spielzeugschachtel planlos ins Grüne gewürfelt.

Fauchend überbraust die birnsaumbesäumte Landstraße ein Motorrad.

Auf dem Haidberg, der junge Eichenriebe trägt, ein Turm, lockend zum Aufstieg, doch verschlossen, fackelbrautungsogen.

Weit schweift der Blick über umbuschte Täler, rauchblaue Höhen, und der Duft der dunklen, schweigenden Tannenwälder umhaucht das talgebettete Dorf.

IX. Die Struth im Regen.

Silberfeine Tropfen rieseln über die sattgrünen Blätter, die Stämme hinunter, versickern im Moos.

Die Birken, deren Zweige sonst wie seidiges Frauenhaar im leisen Lufthauch zitterten, hängen tropfenschwer. Blaurot blüht Geiß; Eibisch, Brombeere, Heidelbeergestrüch wandert am Waldboden; schwarze Beeren glänzen regennass.

Herbstvögel pfeifen. Zuweilen hallt der Schuß eines Jägers.

Ein lichtgrauer, hauchfeiner Schleier überzieht das Tal von Birkenhain und Limbach.

Schwarzblau durchdämmert ist der Tannenhain, dessen Stämme — schlankragend wie Kirchsäulen — dunkle Wipfel krönen.

Ein Reh lugt mit großen Frageaugen; ein Räucher schreit.

Quellfrisches Wehen atmen die Gräser aus, atmet das Moos.

Ein rieselndes Klängen ist im Wald, als röhnen Berchen mit gedämpftem Ton in ein silbernes Wehen; und zuweilen, wenn ein verirrter Sonnenstrahl über die Zweige huscht, dann glimmen die Tropfen wie lichterliche Demantflutchen.

Tausend Wunder hat die Maiennacht, tausend Wunder hat der Regentag.

Rotgelb umhaucht sind schon die Blätter. Mitunter kommt ein wehes Trauern im Herbst: daß wir nicht halten können, was uns entgleiten will! Und dennoch braust im Herbststurm die Lebensmelodie: Was der Frühling blühte, was der Sommer reifte, vollend' es im Herbst! Nicht müde werden! Kurz ist die Spanne, die wir Leben heißen. Nicht zur Wehmut, zur Tat, zur schaffenden Tat ruht das stählende Herbstesbrausen.

Schweigen kommt über den Wald; nur das saftige Rinnen der fallenden Tropfen.

Blüßlich springt ein Ton auf: Sieh, unter einer dickäugigen Eiche sitzt ein Wanderoogel, Tropfen im Haar, — das Mädchen eine gelbe Zerose, die wie matter Bernstein leuchtet, im Gürtel, — zupft die Laute, und durch den rieselnden Wald geht das regenwetterkluge Singen:

Wir wollen uns den grauen Tag vergolden, ja vergolden.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 23. September 1919.

Geimatlose Gloden. Die Zahl der Bronze- und Eisen- und für Kriegszwecke geopfert wurden, beträgt 40 000 bis 50 000. Als Mitte November 1918 die Mobilisierung der Sparmetalle eingeleitet wurde, wies die Metallmobilisierungsstelle sämtliche Lager und die Werke, die mit der Verhüttung der Gloden beauftragt waren, telegraphisch an, alle noch nicht verschlagenen Gloden an Ort und Stelle aufzubewahren und pfleglich zu behandeln. Die Bestände wurden den Vorbesitzern zum Rückkauf angeboten. Manche Gemeinden hatten es aber verkannt, ihre Gloden in dauerhafter Weise zu kennzeichnen. So verblieb ein Rest von nahezu 400 Gloden, deren Herkunft nicht festzustellen war. Gemeinden, die nachweisen können, daß eine oder mehrere der Gloden von ihnen abgeliefert worden sind, sollen sich mit der Metallmobilisierungsstelle in Berlin unmittelbar in Verbindung setzen, die dann Rückkaufverhandlungen einleitet.

Die Belegung von Plätzen im Eisenbahnabteil regelt sich nach Mitteilungen von unterrichteter Seite wie folgt: Es ist unstatthaft, andere Plätze zu belegen, als Fahrkarten vorgezeigt werden. Es ist demnach untersagt, für eine oder mehrere Personen Plätze mit Kleidungsstücken oder Handgepäck zu belegen, um dadurch den Anschein zu erwecken, als seien die Plätze auch bereits besetzt, wenn die betreffenden Reisenden sich nicht im oder am Zuge befinden und sich durch Vorzeigen der Fahrkarten legitimieren können. Eine Ausnahme bilden die auf Aus-

gangskarten der Wägen gelassenen Plättchen. Die vor Öffnung der Wägen als belegt bezeichneten Plätze dürfen nur von den Reisenden besetzt werden, die die Plättchen vorweisen. Wird ein besetzter Platz auf der Zugangsstation vom Besteller nicht besetzt, so kann der Platz nach Abgang des Zuges anderweit besetzt werden.

Um 1. Oktober ab geltende Neuerungen bei der Post bestimmen, daß fortan alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, freigemacht werden müssen. Für die Bestellung von gewöhnlichen, Wert- und Einschreibepapieren und Wertbriefen, sowie für das Abtragen der Postanweisungen nebst den Gelddeträgen wird keine Gebühr mehr erhoben. Mit Ausnahme der Eisenbahnen und der Zeitungen fällt also Bestellgeld für alle Sendungen fort. Postabholer haben eine lächerliche Sachgebühr von 6 Mark vierteljährlich voranzuentrichten, wenn sie ein besonderes Fach des Ausgabeblattes bei der Postanstalt eingeräumt erhalten. Wer nur Zeitungen abholt, ohne daß dazu ein besonderes Fach beansprucht wird, hat eine Ausgabegebühr in Höhe der Hälfte des Zeitungsbestellgeldes für die Dauer der Bezugszeit im voraus zu zahlen. Bei den Paketen ist der Name und Wohnort und Wohnung des Abnehmers anzugeben; in das Paket obenauf ist eine Abschrift der Adresse zu legen. Dies ist jetzt eine Zwangsmaßnahme. Wird sie vom Abnehmer nicht beachtet, so hat er die daraus entstehenden Nachteile zu tragen. Jedem Paket muß eine Paketkarte beigegeben sein. Die bisherige Befugnis, mehrere Pakete an denselben Empfänger mit einer Paketkarte zu versenden, ist danach aufgehoben.

Kultusminister Buch über die Aufgaben der Volkshochschule. Anlässlich der Eröffnung der Meißner Volkshochschule, die am Sonntag erfolgte, ergriß der anwesende Kultusminister Buch nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Vereins für Volksbildung, Schriftleiter Dr. Würfel, in der er auf die Ziele und Aufgaben der neu erstandenen Volkshochschule hinwies, das Wort. Der Minister sprach nicht als Vertreter der Regierung, sondern als Privatmann und bekannte sich als Förderer des Gedankens, dasjenige Maß von Wissen in unser Volk zu legen, das zur Beurteilung des Lebens notwendig sei, das Allgemeinwissen zu vertiefen und zu verbreiten. Eine gewisse Versäumnis darin in der vergangenen Zeit sei leider nicht zu leugnen. Alle Volksgenossen seien für die Bildungsfragen zu interessieren, die gegenseitige Achtung vor der Geistesarbeit und der Handarbeit wieder herzustellen. Arbeit und Wissenschaft müssen zusammenschmelzen in vereinigt Schaffen von Werten, dann müsse sich unser Volk in der Welt wieder durchsetzen. Eine andere Achtung vor der Verwaltungs- und Regierungstätigkeit werde sich bilden, das gegenseitige Verstehen werde gefördert werden und die Zerplitterung der Volksschichten abnehmen. Diese Gedanken in die Tat umzusetzen, habe die Volkshochschule als Notwendigkeit und darum als ihre Aufgabe erkannt. Doch auch dem in der Schule des Lebens gereiften Arbeiter möge man die nötige Beachtung schenken und ihn leben lassen vor seinen Erfahrungen im werktätigen Schaffen. Das werde alle urteilsfähiger machen, die Lebensfreude werde gehoben werden, der Geist der Versöhnlichkeit werde erstarren und damit die Achtung des Menschen vor dem Menschen. Im neuen Deutschland müsse Wert darauf gelegt werden, daß die Schule auf eine andere Grundlage gestellt werde. Sie sei nicht so gewesen, daß sie nicht besser werden könne. Die Einheitschule müsse die Klassenunterschiede bannen, die bisher von der Schule schon dem Kinde aneignen worden seien. Und wo die Einheitschule ihr Werk beende, da müsse die Volkshochschule einsehen, um dem nach Wissen und Geistesbildung Verlangenden das zu geben und nachzuholen, was ihm die Einheitschule nicht geben konnte und was in einem höheren Bildungsgange zu erlernen ihm versagt bleibt.

Keine Einschränkung des sächsischen Güterverkehrs. Seit einigen Tagen läuft das Gerücht um, daß in kurzer Zeit eine weitere erhebliche Beschränkung des Güterverkehrs auf den sächsischen Eisenbahnen eintreten solle. Hierzu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß ein derartiger Beschluß nicht gefaßt worden ist. Im Gegenteil werde alles geschehen, um den Personen- und Güterverkehr zu heben.

Hinweisen möchten wir auch an dieser Stelle auf das im Gasthof zum Adler am nächsten Donnerstag den 2. Oktober stattfindende Künstlerkonzert, dem ein kostenloser Tanztränzchen folgen soll.

Landesversammlung der sächsischen Demokraten. Am Sonnabend und Sonntag hielten die sächsischen Demokraten in Leipzig unter dem Vorsitz von Fabrikdirektor Hugo Graf-Leipzig ihren Landesparteitag ab. Wie aus dem vom Generalsekretär der Partei, Dr. Brüß-Leipzig, erstatteten Geschäftsbericht hervorging, zählt die Partei mit 245 Ortsvereinen 79 799 Mitglieder. Den Höhepunkt des Abends bildete ein vom starken Belegnis zum nationalen wirtschaftlich und sozialgerechten Einheitsstaat getragener Vortrag des Oberbürgermeisters Dr. Käly-Zittau: „Der demokratische Volksstaat.“ Die zweite Tagung des Parteitages wurde durch den Vortrag des Abg. Professor Dr. Barge über „Die Arbeit der Demokraten in der Volkshochschule“ eröffnet, an den sich eine lebhaftige Aussprache anschloß. Insbesondere wurde von der demokratischen Lehrerschaft Kritik an der Stellungnahme der fraktion geübt. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die demokratische fraktion die Schulfrage im Geiste der Paulskirche lösen solle. Zur Frage der Regierungsbildung wurde einestheils eine abwartende oppositionelle Haltung gefordert, andererseits der Eintritt in die Regierung befürwortet und die Kritik kritisiert. Abg. Dr. Reinhold wies mit eindrucksvollen Worten die Vorwürfe einer angeblich falschen Politik zurück. Eine angenehme Entschließung sprach der fraktion das Vertrauen und die Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Daraufhin erstattete Abg. Dr. Dietel über den Sitzungsentwurf Bericht. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden angenommen. Hieran schloß sich die Wahl des Parteivorstandes. Als erster Vorsitzender wurde Abg. Nischke-Leutzsch, als Stellvertreter Oberbürgermeister Käly-Zittau, Frau Strippe-Dresden und Abg. Günther-Plauen gewählt. Ferner fand noch die Wahl eines 12gliedrigen Landesauschusses statt. Von den eingegangenen Anträgen wurden folgende angenommen: Ein Protest gegen die Verschleuderung ehemaliger königlicher Kunstwerke, Anteilnahme an der Regierung, Vor-

